

Griechenland  
an allen Verlagen.  
Bezugspreis  
monatlich Mr.  
in der Geschäftsstelle 150.—  
in den Ausgabestellen 160.—  
durch Zeitungsbüro 170.—  
am Börsamt 165.—  
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Bernprecher: 4246, 2273.  
3110, 3249

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussertierung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Was haben wir vom neuen Ministerium zu erwarten?

Nach der Antrittsrede des Ministerpräsidenten Ponikowski herrschte im Sejm einiges Schweigen. In der polnischen Presse findet die Rede fast ausnahmslos keine günstige Beurteilung. Und warum? — Weil ihr eben der große Gedanke fehlt, der große Gedanke, der das Land aus der wirtschaftlichen Not führen soll. Nichts Genaues liegt in den Ausführungen, und nur ein genialer Staatslenker kann Polen vor dem Sturz in den Abgrund retten. Die Finanzfrage bezeichnete der Minister als die wichtigste, eine Tatsache, die heute dem kleinsten Manne im Staate voll bewusst ist. Viel wichtiger wäre es gewesen, wenn er den Weg gewiesen hätte, wie er den Staat aus diesem Elend herauszuführen gedenkt.

Der Minister bezeichnetet sich als einen Gegner der wilden Bodenparzellierung, was das Erreulichste an der Rede gewesen ist, denn durch sinnlose Parzellierung würde die Produktionskraft der Landwirtschaft noch weiter geschrumpft werden. Es muß aber immer wieder betont werden, daß dem Land in erster Linie die Hebung der Erzeugnisse durch Schaffung von Ausfuhrgütern not tut, und diese sind nur zu erreichen durch Abschluß günstiger Handelsverträge mit den Nachbarländern, die der Landwirtschaft die so notwendigen Düngemittel und der Industrie Maschinen und Rohprodukte zuführen. Der Minister beint, daß er die bisherige Außenpolitik, namentlich Frankreich gegenüber, weiterführen will. Das bedeutet, daß alles beim alten bleibt und nichts getan wird, um das Wirtschaftsleben zu stärken. Frankreich kann Polen in wirtschaftlicher Beziehung nichts geben. Die hochsiedende Valuta allein läßt schon keinen regen Handelsaustausch zu. Frankreich hat wohl einen Handelsvertrag mit Polen geschlossen, der ihm wertvolle Konzessionen im Ölgebiet einräumt, wogegen Polen Luxusartikel abnehmen muß. Es wurde sogar berichtet, daß Frankreich sich weigerte, mit seiner vollwertigen Valuta zu zahlen, und daß der Abgeordnete Diamant sich persönlich bemühte, diesen Passus im Vertrag zu beseitigen. Die Statistik über den Außenhandel Polens des Jahres 1920 zeigt deutlich, daß in erster Linie die Nachbarländer die Hauptabnehmer polnischer Produkte waren, und zwar steht hier Deutschland mit 37,6 v. H. an erster Stelle, es folgen dann Österreich mit 32,2 v. H., die Tschechoslowakei mit 12,0 v. H., während Frankreich mit 0,4 v. H. an vorletzter Stelle steht.

Es ist also hier der Weg, den Polen in handelspolitischer Beziehung zu nehmen hätte, klar vorgezeichnet.

## Die Völkerbundstagung in Genf.

In der Freitagssitzung verlas Noble-Mair den Bericht über die Ausgaben für die Zwecke der inneren Organisation des Völkerbundes. Hierbei sprach er im Namen der Kommission dem Sekretariat des Völkerbundes seinen Dank und sein Vertrauen aus. Der Redner bemerkte, daß bedeutende Erfahrungen gemacht werden können, wenn man den Sitz des Völkerbundes nicht aus Genf verlegt. Was die nationalen Vermittlungsbüros des Völkerbundes betrifft, die schon in Paris und London bestehen, ist der Redner der Ansicht, daß solche Büros auch in anderen Hauptstädten, besonders in Südamerika, errichtet werden müssen. Noble-Mair fordert außerdem die Bildung eines Kontrollorgans, dessen Aufgabe es sein würde, das Budget des Völkerbundes zu prüfen. Am Schluß seiner Ansprache, an die internationales Arbeitsbüro anknüpfend, bemerkte der Redner, daß dieses Büro sich nicht von einer besonderen Doktrin leiten lassen sollten, sondern eher eine Zusammensetzung aller Doktrinen betreiben müßte. Dieses Büro hat keinen sozialistischen, sondern nur einen sozialen Charakter. Nach langerer Aussprache wurde der Bericht Noble-Mair angenommen und hiermit die Sitzung geschlossen.

In der Sonnabendsitzung des Völkerbundes legte Lord Robert Cecil das Programm vor, das sich aus den Beschlüssen des Völkerbundes ergibt. Der Redner empfiehlt der Arbeiterschaft der ganzen Welt, daß sie die Durchführung der Wünsche des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage erleichtern möge. Branting erklärt, daß verschiedene Staaten besondere Gründe haben, die Sicherheit mit Hilfe eines entsprechenden Rüstungskontroles zu fordern. Noble-Mair erklärt, daß sich die französische Regierung immer den Abrüstungsvorstellungen und der Organisation zur Kontrolle über den Rüstungswall angegeschlossen habe. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erklärte Noble-Mair, daß außer einem freien und friedlichen Frankreich sich auch noch Platz für ein in gleichem Maße freies Deutschland finden werde. Frankreich, dessen Stimmung friedlich ist, möchte gleichzeitig die notwendigen Bürgehaftungen dafür haben; diese sind aber im gegenwärtigen Augenblick nicht genügend. Frankreich lehnt deutlich jeden Militarismus ab; in Deutschland dagegen finden Kämpfe statt zwischen den Anhängern des Friedens und den Freunden des Friedens, ein Kampf, der Frankreich weiter zwingt, bewaffnet zu bleiben. Aus diesem Grunde dürfte jedoch Frankreich nicht des Militarismus bezichtigt werden. Frankreich wird an den Washingtoner Verhandlungen teilnehmen, um sich dem Werke der Abrüstung anzuschließen. Die Rede Noble-Mairs wurde von der Versammlung mit grossem Beifall aufgenommen.

Daraus ergibt sich hier das Wort, der Noble-Mair seine Anerkennung für den Ausdruck der wirklichen Gefühle Frankreichs ausdrückt. Dieser erinnert weiter daran, daß die Engländer die Grenzen auf dem Schlachtfeld genügend kennen gelernt haben und alle Leiden kennen, die Frankreich erlebt, wie sie sich auch dessen bewußt sind, welche Schuld die Menschheit an Frankreich abzutragen hat.

Daraus erklärte Schmanns im Namen der kleinen Nationen, daß die von Noble-Mair und Fisher gehaltenen Ansichten große Bedeutungen im Weltgeschehen haben. Ohne aufzuerheben sich Lord Robert Cecil über die Rede Noble-Mairs. Er spricht die Hoffnung aus, daß diese Rede in England und auch in Deutschland verbreitet werden und das gewünschte Ergebnis bringen wird.

Die Versammlung nimmt einmütig den Antrag Schängers (Italien) über die Annahme aller Entschlüsse der Abrüstungs-

Kommission an.

# Pozener Tageblatt

(Pozener Warte)

Anzeigenpreis:  
f. d. Grundchriften im  
Anzeigen Teil innerhalb  
Polens 25.— M.  
im Restlande 75.— M.

Für Aufträge aus  
Deutschland 3,50 M.  
im Restlande 10.— M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

Czecze Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

## Die oberschlesische Frage.

### Entscheidung in dieser Woche?

Warschau, 8. Oktober. Der Berichterstatter der „Rzeczpospolita“ meldet aus Genf: Am Sonnabend wurden wieder die Aussagen der Vertreter der deutschen und der polnischen Berufsverbände angehört. Es wird angenommen, daß der Ausschuß der vier noch in dieser Woche dem Völkerbundsrat sein Gutachten vorlegen und daß der Völkerbundsrat Ende der Woche seine Entscheidung treffen wird. In diesem Sinne wird auch die Anwesenheit des polnischen Außenministers Skirmunt in Genf erklärt.

### Gutscheidung am 10. Oktober?

Paris, 8. Oktober. Der „Matin“ hält gegenwärtig eine auch für Frankreich annehmbare Lösung der oberschlesischen Frage für durchaus möglich. Nach Ansicht des französischen Blattes dürfte die Entscheidung am Montag, dem 10. Oktober, fallen.

### Das Gutachten des Ausschusses der vier?

Berlin, 8. Oktober. (PAT.) Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet aus Genf: Der Ausschuß der vier teilte dem Völkerbundsrat mit, daß er ihm seinen Bericht über Oberschlesien am Mittwoch vorlegen wird.

### Wie wird die neue Entscheidung aussehen?

Genf, 2. Oktober. (PAT.) Das „Neue Wiener Tageblatt“ berichtet aus Paris folgendes: Nach Informationen des „Intransigent“ aus Genf soll die Entscheidung in der oberschlesischen Angelegenheit in dieser Woche fallen. Diese Entscheidung wird anderer Art sein als die Einwirkung des Obersten Rates. Der Ausschuß der vier macht alle Anstrengungen, um die Ansichten der polnischen Delegierten, des Ingenieurs Grabianowski und des Arbeiters Kowal und der Deutschen Delegation, des Dr. Geisenheimer und des Käfers Karger, zu überprüfen. An der Unterbarkeit des Dreiecks Beuthen-Szatorowitz-Gleiwitz soll wie man hört, nicht festgehalten werden.

## Deutschlands Verpflichtungen.

### Deutschland zahlt Belgien französische Schulden.

Paris, 2. Oktober. Der Delegierte der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission, Bodden, hat in der Angelegenheit der Rückzahlung der belgischen Kriegsschulden als Schiedsrichter ein Gutachten abgegeben, wonach die Rückzahlung der belgischen Kriegsschulden an Frankreich durch Deutschland in deutscher Goldmark zu erfolgen hat, die nach dem Kursie vom 11. November 1918 errechnet werden. Auf diese Art wird Frankreich mehr als 2 Milliarden Goldmark erhalten, während ihm sonst weniger als 1 Milliarde zugeschlagen wäre.

### Die Kontrolle der deutschen Ein- und Ausfuhr.

Paris, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Der Kommandant Cartier ist als Vertreter Frankreichs für die Konferenz von Koblenz ernannt worden, die beauftragt ist, die deutsche Ein- und Ausfuhr zu kontrollieren. Deutschland hat für dieselbe Konferenz die Herren von Mutius und von Friedeburg, sowie Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Ministeriums des Innern und Vertreter der preußischen, bayerischen und hessischen Regierung ernannt.

### Der Wert der deutschen Ausfuhr.

Berlin, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Nach amtlicher Mitteilung haben die Verhandlungen der deutschen Regierungvertreter mit dem Garantiekomitee über die von Deutschland am 15. November zu zahlende erste Quartalsrate der variablen Annuitäten dazu geführt, daß das Komitee die deutschen Schätzungen über den Wert der Ausfuhr vorläufig anerkannt hat. Falls die seit dem 1. Mai d. J. bereits gemachten und bis Oktober noch auszuführenden Sachleistungen berücksichtigt werden, so ergibt sich, daß die nächste Rate vom 15. November gedeckt ist, ohne daß es erforderlich wäre, zu dem Mittel neuer Barzahlungen zu greifen.

### Verschreibung der Washingtoner Konferenz?

London, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Lloyd George beabsichtigt, die Washingtoner Abrüstungskonferenz, die im November stattfinden soll, bis zum März nächsten Jahres verschieben zu lassen.

## Eine englisch-irische Konferenz.

London, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Devaera hat die Einladung Lloyd Georges zu einer Konferenz angenommen.

Dublin, 2. Oktober. (PAT.) Das irische Parlament ratifizierte einstimmig Devaeras Antwort an Lloyd George.

London, 2. Oktober. (PAT.) Die Nachricht, daß die Sinnfeiner die Einladung zur Konferenz in London annehmen, wurde von der Bevölkerung Irlands mit dem Gefühl der Erleichterung aufgenommen. Man sieht nur diese Konferenz große Hoffnungen, wenn man sich klar ist über die großen Schwierigkeiten, die überwinden werden müssen. Die Sinnfeiner werden zu der Konferenz voraussichtlich fünf Vertreter entsenden, an der Sir Arthur Griffith stehen wird. Die englische Abordnung wird aus fünf Mitgliedern unter Vorsitz von Lloyd George bestehen.

### Lohnbewegung, Ausstände, Ausperrungen

#### Lohnforderungen der Hamburger Hafenarbeiter.

Hamburg, 1. Oktober. (Tel.-Un.) Die organisierten Hafenarbeiter von Groß-Hamburg beschlossen in einer überaus zahlreichen Versammlung, den mit dem Hafenbetriebsverein abgeschlossenen Tarifvertrag auf Ende Oktober zu kündigen und gleichzeitig die Forderung auf Gewährung eines weiteren Lohnzuschlags von 3 Mark für den Tag auf die jetzt bestehenden Löhne von 64—66 M. zu stellen.

### Streik in der Altonaer Fischindustrie.

Altona, 1. Oktober. (Tel.-Un.) Zu einer überfüllten Versammlung aller in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde nach Ablehnung einer Fristsetzung in geheimer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit der Streik in der Fischindustrie ab heute Nacht beschlossen.

### Vom deutschen Buchdruckerstreik.

Erfurt, 1. Oktober. (Tel.-Un.) Die „Wochenedeutsche Zeitung“ meldet: Der Berliner Einigungsbund im Buchdrucker-Tarifvertrag ist in Leipzig, Darmstadt, Kassel, Erfurt, Eisenach, Gotha und Suhl nicht anerkannt worden. In Erfurt haben die lokalen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt und der Streik steht bevor.

## Sejm.

### Sitzung vom 1. Oktober.

Warschau, 2. Oktober. (PAT.)

Die Sitzung wird um 11 Uhr 20 Min. eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Aussprache über die Programmrede des Ministerpräsidenten Ponikowski.

Abg. Woźnicki erklärt: „Wir müssen nach einer aufrechten friedlichen Auslandspolitik streben und nach Bestätigung der Verwaltungswillkür in der Inneren Politik. Wir freuen uns, daß dem neuen Ministerpräsidenten die Unterredenfrage am Herzen liegen. Wenn die Regierung auf allen Gebieten ihre Zusagen erfüllt, so wird sie bei uns nicht schwierigkeiten stoßen, vorausgegesehen, daß sie mit der beschleunigten und gewissenhaften Durchführung der neuwählten Ernst macht.“

Abg. Chodzynski begrüßt mit Genugtuung die Ankündigung der baldigen Auflösung des Sejm. Er verspricht der neuen Regierung die Unterstützung seiner Partei in allen dringenden Staatsfragen. In den andern Fragen währen er und seine Freunde sich freie Hand und machen ihre Haltung abhängig von der Behandlung der sozialen Fragen durch die neue Regierung.

Abg. Bartkowski erklärt im Namen der Partei der Verbesserungsarbeit, daß seine Partei sich mit der Bildung eines unparlamentarischen Kabinetts einverstanden erkläre, in der Hoffnung, daß dieses Kabinett ein Fachkabinett sein und eine Annäherung der Parteien aneinander herbereiten würde. Seine Partei würde jede Regierung unterstützen, die nur die Interessen des Staates vor Augen hat.

Abg. Putel kritisiert die Ergebnisse der Politik der vorigen Regierung und spricht über fisciale und landwirtschaftliche Fragen sowie über Steuer- und Zollabidenzen. Auch er ist für die Auflösung des Sejm. Er wünscht dem Ministerpräsidenten, daß er auf dem jetzt eingeschlagenen Wege unbeirrt forschreiten möchte. Abg. Matkiewicz (Kath. Volkspartei) sagt, seine Partei behalte sich ihre Stellungnahme vor, würde aber alle Bestrebungen unterstützen, die geeignet sind, die Macht des Staates zu heben und seine Grenzen mit friedlichen Mitteln zu fixieren.

Abg. Grünbaum vermißt in der Rede des Ministerpräsidenten ein eigentliches Programm. In bezug auf die jüdische Frage enthält sie nur allgemeine Phrasen. Diese Rede könne ein Vertrauen erwecken.

Abg. Hirschbach, der Redner der Deutschen Fraktion, bedauert, daß der Ministerpräsident die nationale Minderheiten nur mit wenigen Worten streift. Er spricht über die bevorstehenden Wahlen, über das Schulwesen, die Landwirtschaftsreform und über das Verbündnis Polens zu Deutschland.

Dann ist die Aussprache über die Rede des Ministerpräsidenten beendet.

Beschlossen wird die Dringlichkeit eines Antrags des Abg. Chodzynski, der die Regierung auffordert: 1. zur beschleunigten Bekämpfung der Valutaprobleme; 2. zur möglichst nachdrücklichen Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation mit Waren des dringendsten Bedarfes und mit fremden Debisen; 3. zur Sperrung der Grenze als Mittel der Bekämpfung der Ausfuhr dringender Bedarfsgüter und der Einführung von Zugzwangen; 4. zur möglichst strengen Bestrafung der angeführten Vergehen.

Abg. Sulikowski begründet die Dringlichkeit seines Antrags über die Verwaltungsreform, der die Einschaffung eines besonderen Ausschusses zur Nachprüfung der gesamten Verwaltungsorganisation vorstellt. Die Dringlichkeit des Antrages wird beschlossen, der Antrag wird dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung am Dienstag um 4 Uhr nachmittags.

## Spanier und Eingeborene.

Madrid, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Aus Melilla wird gemeldet, daß eine große Schlacht zwischen Spaniern und Eingeborenen bei Melilla im Gange ist.

### Ein spanischer Angriff.

Madrid, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Die Spanier haben nach einer Erklärung des spanischen Kriegsministers vorgestern in der Gegend von Melilla einen großen Angriff unternommen.

## Frankreich.

### Die französischen Kommunisten.

Paris, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Die kommunistische Parlamentsgruppe hat eine Sitzung in der Kammer abgehalten und Marcel Cachin beauftragt die Regierung über ihre allgemeine Politik, und besonders über den französischen Imperialismus zu interpellieren. Die Abgeordneten Lafont und Verbois wurden beauftragt, die Regierung über die Hungersnot in Rußland und die französische Politik in Syrien zu interpellieren.

### Eine kommunistische Kundgebung.

Nantes, 2. Oktober. (Tel.-Un.) Vor einer Fabrik in Nantes, in der Granaten hergestellt wurden, hat am Donnerstag eine heftige kommunistische Demonstration stattgefunden. Die Demonstranten riefen „Nieder mit dem Krieg“ und wollten in die Fabrik einbrechen, um die Arbeiter zu verhindern, an der Munitionsfertigung weiter zu arbeiten. Gendarmerie mußte einschreiten, um die Ruhe wieder herzustellen.

### Aus der französischen Presse.

Das „Journal“ meldet, daß die englischen Sachverständigen in der Reparationskommission Einwände gegen das Wiessbadener Abkommen erhoben haben. Sie behaupten, daß Frankreich durch das Abkommen eine Priorität geschaffen habe, und in vier Jahren mehr erhalten würde, als die zwischen den Alliierten abgeschlossenen Abkommen ihm zusichern. Das „Journal“ bemerkt hierzu: England befürchtet, daß wir mehr erhalten, als uns zusteht. Der gute Volksgeist, wenn er etwas zu sagen haben würde, würde ihm erwidern, daß dem auch während der fünfjährigen Kriegszeit so gewesen ist, wo wir den größten Anteil hatten, und niemand hat damals protestiert.

Der „Matin“, der seine Campagne gegen Clemenceau fortsetzt, berichtet, unter welchen Umständen Clemenceau 1918 seine Demission angeboten hat. Es war kurz vor dem Waffenstillstand. Man sprach die Frage, ob die Feindseligkeiten auf die erste deutsche Anfrage eingestellt werden sollten oder ob der Waffenstillstand auf feindlicher Gebiet abgeschlossen werden sollte. Poincaré war der erste, der sich mit



# Golener Tageblatt.

nische Staatsangehörigkeit erwerben. Aus dem Zusammenhang des Absatz 1 und 2 insbesondere in Verbindung mit Artikel 3 des Minderheitsvertrages von Nechis wegen im Sinne des Absatz 1 Artikel 91 sich nur auf die ehemaligen Staatsangehörigen beziehen kann, die seit dem 1. 1. 1908 bis 10. 1. 1920 in dem oben genannten Gebiete ununterbrochen gewohnt haben. Wer in dieser Zeit seinen Wohnsitz ausgetragen hat, oder erst nach dem 1. 1. 1908 hier ansässig ist, gilt nicht als polnischer Staatsangehöriger.

2. Die Interpretation des Domizilbegriffs und des Begriffs des ununterbrochenen Wohnsitzes entzieht sich gleichfalls der eigenen Beurteilung des Einzelnen und hängt vielmehr von den Bestimmungen ab, die hierüber seitens des polnischen Staates ergangen sind. Bezuglich der Ununterbrochenheit wird auf Absatz 2 der Ministerialverfügung vom 18. Juli 1920 (Dz. Ust. Nr. 2. Nr. 57 Pos. 358) verwiesen. Hierin gilt nicht als Unterbrechung eine zeitliche Abwesenheit, die unter Umständen erfolgte, die unzweckmäßig die Absicht der Beibehaltung des bisherigen Domizils erkennen lassen.

3. Über die Auslegung des Artikels 4 des Minderheitsvertrages ist bisher keine Verordnung veröffentlicht worden. Auch liegt bis jetzt keine diesbezügliche verwaltungsgerechtliche Entscheidung vor. Es liegt daher auch kein berechtigter Grund vor, die bisher von den Behörden ergangenen Entscheidungen über Fragen, die mit der Interpretation des Artikels zusammenhängen, als ungutrechtfertig zu bezeichnen.

4. Den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch Übernahme eines öffentlichen Amtes regelt Artikel 5 der Ausführungsverordnung vom 5. 2. 1921 (Dz. Ust. Nr. 2. Nr. 16 Pos. 25). Hierin erwirbt die polnische Staatsangehörigkeit, wer ein unmittelbares Staatsamt dauernd und den Gesetzen gemäß übernommen hat, soweit nicht seitens der zuständigen Behörde ein gegenteiliger Vorbehalt gemacht wurde. Die Übernahme eines anderen öffentlichen Amtes begründet den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit nur unter den im Absatz 5 des erwähnten Artikels vorgeesehenen Bedingungen.

Die Regelung der Optionfrage ist grundsätzlich unabhängig vom Abschluss einer diesbezüglichen polnisch-deutschen Konvention. Weder der Friedensvertrag noch der Vertrag über die nationalen Minderheiten sieht eine derartige Konvention vor. Artikel 278 des Friedensvertrages spricht sogar gegen die Notwendigkeit einer solchen Konvention und für die Berechtigung Polens zur einstmaligen Regelung der Optionsfrage, indem er Deutschland verpflichtet, neue Staatsangehörigkeit, die seinen Angehörigen gemäß den Gesetzen der alliierten und assoziierten Mächte und gemäß den Entscheidungen der zuständigen Behörden dieser Mächte sei es auf Grund der Bestimmung eines Vertrages, sei es im Wege der Einbürgerung erworben ist oder erworben wird, anzuerkennen. Der polnische Staat hat daher die Optionsfrage durch die Verordnung vom 18. 7. 1920 Dz. Ust. Nr. 2. Nr. 57 Pos. 358 einseitig geregelt, und nutzte dies nun, da ihm die Möglichkeit obliegt, die Bestimmungen des Friedensvertrages auszuführen. Die Tatsache, daß die polnische Regierung gleichwohl für die Verhandlungen mit Deutschland bezüglich der Option eingelassen hat, kann an diesen Grundfakten nichts ändern. Wer gemäß den Bestimmungen der erwähnten Verordnung für Deutschland optiert hat, hat nach den polnischen Bestimmungen die polnische Staatsangehörigkeit verloren und wird demnach von den polnischen Behörden als Ausländer betrachtet.

5. Was die Ungültigkeit der angeblich durch ungültigen Zwang veranlaßten Optionen betrifft, wird bemerkt: Erzwungene Optionen können nicht als regelmäßig vollzogene Optionen im Sinne des Artikels 9 der unter 5 erwähnten Verordnungen angesehen werden. Wer glaubt, daß er zur Option unechtmaßig gezwungen worden sei, hat das Recht, hierüber Beschwerde zu führen und eine Entscheidung über die Gültigkeit der Option herbeizuführen. Solange diese Entscheidung nicht getroffen ist, muß seine Option als gültig betrachtet werden.

Das Ministerium hat uns die vorstehenden Zeilen als "Bestätigung" zugeschickt. Wir müssen bestreiten, daß das eine Bestätigung ist. Unter einer Bestätigung im Sinne des Pregezes — zugleich aber auch nach dem allgemeinen Sprachgebrauch — ist die tatsächliche Nichtigstellung tatsächlich falscher Angaben zu verstehen. In diesem Falle aber handelt es sich um zwei einander gegenüberstehende Auslegungen von Vertragsbestimmungen, und zwar hauptsächlich der Bestimmungen des Verfaßter Vertrages und des Minderheitschulzvertrages über den Wohnsitz. In beiden Verträgen sind die in Betracht kommenden Bestimmungen nicht so abgesetzt, daß über die Einzelheiten ihrer Ausführung eine Meinungsverschiedenheit ausgeschlossen wäre. Sie sind interpretationsbedürftig, und die maßgebende Interpretation liegt noch nicht vor. Das Recht des polnischen Staates, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, kann an sich nicht bestreiten werden, doch darf andererseits zugleich auf Artikel 12 des Minderheitschulzvertrages hingewiesen werden, in dem ausgeprochen wird, daß die Bestimmungen dieses Vertrages Verpflichtungen internationalen Rechtes sind. Die maßgebende und endgültige Auslegung kann daher nur vom Völkerbund ausgehen.

## Eine Ergänzung zur Hundesperre.

Die Hundebeleger werden vom Starostwo Grodzkie auf folgende Verfügung aufmerksam gemacht:

Im Sinne des § 114 Absatz 4 der Polizeivorschrift hat das Starostwo Grodzkie den § 2 dahin geändert, daß vor jetzt ab die Hunde an der Leine ohne Maulkorb geführt werden können, mit Ausnahme einiger Rassen, wie Bernhardiner, Doggen, schottischer Schäferhunde (Collie), Neufundländer, Kreuzungen (deutsche Schäfer- und Windhunde), für alle Fleischerhunde, Beihunde und alle böswilligen und bissigen Hunde wird für die in Frage kommenden Besitzer noch eine besondere Verfügung ergehen. Diese leichten Hunde dürfen gemäß § 9 der Verordnung vom 2. September 1913 nur an der Leine und mit einem Maulkorb versehen geführt werden.

## Altweibersommer.

Das gestrige heitere warme Wetter, das uns die verschiedenen Herbstfarben des Baumfuchts noch einmal in prächtigster Beleuchtung zeigte und nach Tausenden zählende Scharen von Spaziergängern ins Freie hinausgelöst hatte, war so recht gezeignet, wehmütige Empfindungen in uns auszulösen und uns nachträglich das Scheiden des Sommers noch recht schwer zu machen. Wer durch die empfindliche Kühle der letzten Nachfröste dazu veranlaßt, zur Herbstkleidung seine Zuflucht genommen hatte, fühlte sich jetzt unter der Sommerhitze etwas unbehaglich. Zum ersten Male tauchten gestern auch die weißen Fäden des sog. Altweibersommers auf, die sich an unserer Kleidung festzusehen und in den letzten sonnigen Herbsttagen sich zu zeigen pflegten. Diese weißen Fäden sind das Gespinst junger, sehr kleiner Spinnen, die vom Winde fortgetragen, Fäden nach sich ziehen, bis sie einen Ort zum Festhalten finden. Auch der heutige Montag ist ein Altweibersommerstag mit azurblauem Firmament und lockendem Sonnenschein. Nur wenige solcher Tage pflegen dem Anbruch des dunklen ungemütlichen Herbstwetters voranzugehen; aber auch dieses soll uns herzlich willkommen sein, wenn es uns nur endlich Regen bringen sollte.

Die nächste Stadtverordnetensitzung findet Mittwoch nachmittags 6 Uhr mit folgender Tagesordnung statt:

Wahlen. Leistungszulagen für die städtischen Beamten, beruhende Angelegenheiten. Erhöhung des Wasserpreises und des Preises für elektrische Strom. Beendigung der Wahlordnung für das Mieteingangsamt die nächsten Stadtverordnetenwahlen. verschiedene Tiersicherungsverordnungen von Boranichlägen. Gebühren erhöhung der städtischen Umweltabfälle. Antrag des Feuerwehrverbandes über die Festsetzung der Arbeitsstunden. Erhöhung der Entschädigung für den Protokollarzten der Stadtverordnetenversammlung. Verkauf städtischen Geländes u. a.

\* Das deutsche Generalkonsulat teilt mit, daß die Konsulatslangzeit wegen Umzugs am 6. und 7. Oktober geschlossen

bleibt. Am 8. Oktober ab befindet sich das Generalkonsulat in der ul. Zwierzyńska 15, III Treppen (früher Tietgenstraße). Die Abstiftung des Publums findet in der Zeit von 9—1 Uhr statt. Die Telegrameadresse ist bis zum 1. Januar 1922 "Freya Posen".

# Das Starostwo Grodzkie teilt mit, daß auf Anordnung des Wojewoden die Gebühr für Ermittlung von Ausländern über Adressen die erhöht wurde, und zwar auf 5 M. für in Polen wohnende Privatpersonen auf 10 M. für Anträge aus dem Auslande. Wird schriftliche Auskunft gewünscht, so ist außerdem das Porto beizuzahlen.

# Die Industrie- und Handelskammer Posen bittet um Veröffentlichung so gleicher Mitteilung:

Auf Grund des Art. 268b des Verfaßter Vertrages besteht für das ehem. preußische Teilstück das Recht, Waren nach Deutschland in denselben Mengen zollfrei auszuführen, in dem sie in den Jahren 1911, 1912 und 1913 nach dem jetzigen Deutschland ausgesetzt wurden. Der im April in Ausführung obiger Broschüre mit der deutschen Regierung geschlossene Vertrag wird geltend, und anfangs November wird ein neuer Vertrag für das Kontingenjahr 1921/22 geschlossen. Als Unterlagen für diesen neuen Vertrag werden die von den einzelnen Firmen zu machenden Angaben dienen, in denen — in Form von einer eidessicheren Versicherung — die Menge der Waren angegeben werden soll, welche die Firma in den Jahren 1911, 1912 und 1913 nach dem jetzigen Deutschland ausgesetzt hat. Die interessierten Firmen werden erucht, sich sofort in unserer Kammer zur Abnahme des von uns verfaßten Fragebogens zu melden, der spätestens bis 5. Oktober an uns ausgefüllt abgesandt werden soll.

# Wie lange haben die 1000-Mark-nur-Banknoten (Serie I) noch Gültigkeit? Hierzu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: die weißen Noten zu 1000 und 100 Mark bleiben noch weiterhin im Umlauf. Herauszogen aus dem Verkehr werden aber die 1-, 5- und 10-Mark-Noten, deren Einführung in den Zweigstellen der Polnischen Landesdarlehnskasse bis zum 1. Januar 1922 erfolgt.

# Die Verteilung der Spiritusmarken findet bis zum 28. d. Monats in der bekannten Ausgabestelle am plac Sapietzyński 10b (früher Sapietzaplatz) statt.

# Der Verein Deutscher Sänger bittet seine passiven Mitglieder, die Eintrittskarten für das am 9. Oktober stattfindende Vereinsfest beim Vorwiegenden Mondnig i. Fa. Peischke, Sw. Marcin 21 (früher St. Martinstr.) abzuholen. Am Festabend werden keine Ausweise mehr ausgegeben.

# Volksunterhaltung. Zu Beginn des Sonntagsabends, der am Mittwoch dieser Woche in der Aula des Deutschen Gymnasiums stattfindet, werden folgende Lieder von Hermann Löns gesungen: "Das Heerlein", "Der eins allein", "Verloren" und "Notenmarie". Nach dem Vortrag des Herrn Dr. Beckmann singt Frau Eva Beckmann in "Die Nonne" und "Noie im Schnee", darnach der Wandertor als Schlüsselnummer "Das Wahrschen" und "Auf Wiedersehen."

# Moderne Liedmusik. Frau Else Daniel, die auf Einladung des Demokratenbundes am kommenden Sonntag einen Liederabend im Vereinshausgärtchen gibt, singt fast ausnahmslos Lieder neuer Tonsetzer, nämlich außer den "Träumen" und den "Schmerzen" von Richard Wagner Lieder von Max Reger, Max Krohn, Edward Morris, Erich K. Wolff, Julius Königin und Richard Strauss. Die Eingangsziffernummer des Abends bildet Zitat und Titel "Nur zu flüchtig" aus Mozarts "Fagott Hochzeit". Am Klavier: Herr Viktor Bickerich aus Gera.

# Wochenmarktbericht vom Montag, 3. Oktober. Auf dem Markt zahlt man für Mohrenluden 30 M., Tomaten 75 M., Zwiebeln 60 M., rote Rüben 30 M., Kraut 50 M., Schnittobstn 80 M., das Bündl; Karotten waren im Einzelverkauf nicht zu haben.

- Auf dem Obstmarkt legte man an für Birnen 50—60 M., Apfel 40—50 M., Blaubeeren 60 M. Obst war weniger als sonst auf dem Markt gebracht. - Auf dem Gesäßelmarkt boten Gänse 1000—1200 M., Enten 500 M., Hähner 200—500 M., Tauben 150 M. das Paar. Die Zwiebeln waren weniger reichlich, besonders knapp war das Gemüse. Für Eier wurden 420 Mark verlangt, die Haustrauen sträubten sich jedoch, diesen hohen Preis zu bezahlen.

# Gefundene Gegenstände. In der Zeit vom 7. August bis 7. September d. J. sind als gefunden beim Starostwo Grodzkie folgende Gegenstände abgegeben worden: ein eisenbeinerner gelber Rosenkranz; drei Schlüsse am Schlüsselbund; eine Ledertasche mit einer leeren Flasche; eine astigraue, wasserdichte Mütze; eine Brieftasche, enthaltend 610 polnische Mark, 20 deutsche und einen Paß auf den Namen Włodzimierz Hubert; 10 polnische Mark; eine Drahtseide und ein Unter; ein Paar neue Holzschuhe; eine Pferdedecke; eine schwarze Brieftasche, enthaltend 474 deutsche Mark; zwei Subskriptionen und verschiedene Papiere auf den Namen Bruno Szymaś, Rybnik; eine schwarze Badstuhlbrieftasche, enthaltend 1517 polnische Mark; ein Depothebenbuch auf den Namen Ludmira Lubachowska, Benischen; eine silberne Herrenuhr mit Kette und Schlüssel; ein brauner Herrenhandschuh (Glacé); 245 polnische Mark; eine wollene Damenjacke (grau); ein kleiner Schlüssel; eine Blechkanne mit Öl; ein schwarzes Ledertaschentuch, enthaltend ein Portemonnaie, 8,68 M. und ein Taschenbuch; 830 polnische Mark; vier Schlüsse am Bündl; ein schwarzer Pompadour, enthaltend 4262,50 M.; ein Portemonnaie, ein Taschentuch und eine Quittung auf den Namen Müller, Gościno; ein dunkler Pompadour aus Berlin, enthaltend 40 M. und ein Taschentuch; 1 Meter Barchent (rosa); ein russisches Dienstbuch, enthaltend 22 polnische Mark und 1 russischen Rubel; 10 Schlüsse am Bündl; 55 polnische und 63,40 deutsche Mark; 1000 polnische Mark und ein Schlüssel; eine metallene Damenuhr mit Ledergurt; eine Brille im Gitteral; ein Vincenz im Gitteral; Steuerbuch aus Waldenburg in Oldenburg auf den Namen Włodzimierz Stanisław und Wiesławotom; gelbe Ohrringe; eine goldene Uhr mit Monogramm; eine sündarische Damentasche, enthaltend 80 M., ein Taschentuch; Lichte; ein Schlüssel mit einer eisernen Kassette; 1000 polnische Mark; eine Damentasche aus weißem Voile, enthaltend 52 polnische Mark; eine gelbe Kette; ein Taschentuch und einen Kragen; eine Quittung der "Bank Bielska Spółek Parowowych" auf 14 069 M. und 120 M.; zwei Räder aus Gußeisen (von landwirtschaftlichen Maschinen); ein Schlüssel zu einem Schrank; eine Einkaufstasche aus Leinen; enthaltend ein rotes Kleid, ein Damenhemd, ein Mieder; drei Decken und drei Stücke farbiger Leinwand (für Tapeten); 100 polnische Mark; ein Damenmantel (astigrau); eine Brieftasche aus Leder, enthaltend verschiedene deutsche und polnische Papiere; ein schwarzer Herren-Sommermantel; eine lederne gelbe Brieftasche, enthaltend 2 M. und Papiere auf den Namen Stefan aus Dąbrowa-Bielska; 40 Mark und zwei Milchkartons (für September und Oktober); ein Notenheft.

# Wieber bestehendes Dienstmädchen. Um vergangenen Mittwoch zog bei einer Herzlichkeit in der ul. Tarczowa 2 (früher Kreuzstraße) ein neues Dienstmädchen in unter dem Namen Stanisław Jaszowka, angeblich aus Golin. Kr. Jarocin, hinniedergeschlagen. Am folgenden Tage mittags entfernte sie sich unter dem Vorzeichen, ihre Papiere holten zu lassen; sie hat aber bisher das Wiederkommen verlassen, und hat dafür bestimmt sehr zwingende Gründe, denn seit ihrem Wegzuge vermisst die Herrschaft Kleidungs- und Wäschestücke, die zum Teil mit den Buchstaben A. S. gezeichnet sind, im Wert von 90,00 M.

# Diebstähle. In der Nacht zum Sonnabend wurde aus der Orthopädischen Anstalt in der ul. Gasiorkowskich 7 (früher Allee) bei einem Einbruch ein elektrischer Motor von 220 Volt, mit der Firma "Elektrische Gesellschaft Hamburg-Bahrenfeld" und der Nummer 20 888 oder 20 047, sowie ein 5 Meter langer, 7½ Zentimeter breiter lederner Tiefkoffer im Gesamtwert von zwei Millionen Mark gestohlen. - Gleicherfalls ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der ul. Gofcików 2 (früher Laubenstraße) bei der Schuhwarengesellschaft "Gotha" verübt. - Aus der Garage des Hauses ul. Chelmickiego 21 wurden in der Nacht zum Sonnabend Gummiwaren, Schlüsse, Kraftfahrzeuge im Wert von 250,00 M. gestohlen. - Gestern wurde im Eisen-

bahnzuge Posen-Berlinchen in einem Abteil 4. Klasse einer Reisenden eine Brieftasche mit zwei deutschen Pässen auf den Namen Katharina Konieczna und 2400 M. deutschem und 6000 M. polnischem Gelde im Gesamtwert von 115 000 M. gestohlen. - Am Freitag abends nach 10 Uhr wurde einem Herrn auf dem Hauptbahnhofe eine Brieftasche mit 40 000 M., ein goldenes und ein silbernes Zigaretteneui und ein Paar goldene Ohrringe im Gesamtwert von 76 000 M. gestohlen. - Aus einem Keller des Hauses ulica Wroniecka 30 (früher Bronfeskistraße) wurden zwei Korbblätter mit Spiritus bzw. Schnaps im Werte von 59 000 Mark gestohlen. - Aus dem Zigarrengeißel am Platz Sw. Krzyski 3 (früher Petriplatz) wurden Zigaretten im Werte von 65 000 M. gestohlen. - Einem französischen Kaufmann wurde aus seiner Wohnung ul. Działowskich 7 (früher Naumannstr.) eine Brieftasche mit 200 Frank und französischen Ausweispapieren und zwei Schlüsselwagentafeln gestohlen. - Einem Kaufmann aus der ul. Słownackiego (früher Karlstr.) wurde am Sonnabend in der Bank Krakau an der Aleja Marekowskiego 12 (früher Wilhelmstr.) eine goldene Uhr mit dem Monogramm S. M. und der Firma "Böhme-Glockenhütte" im Werte von 300 000 M. gestohlen.

\* Schönfeld, Kreis Gniezno. 30. September. Einem Schneider von d. 2 Millionen Mark hat der hiesige Propst durch einen in seiner Wohnung verübten Einbruch diebstahl erlitten. Der Dieb sind Belze, Gärberobenstücke, Wäsche, Bargeld, Prämienelei und ein Messerklapp in die Hände gelassen.

\* Thorn, 2. Oktober. Der Monumentalbau der Deutschen Bank befindet sich neu einzurichtenden Deutschen Konsulat als Geschäftsbüro dienen sollte, war als Liquidationsobjekt vom polnischen Staat beschlagnahmt worden. Die Räume, die seit dem Auszug der Bank leer standen, sind jetzt von dem Pomorskie Stowarzyszenie Ubezpieczenia od Ognia (Pommerscher Feuerversicherungs-Verein) bezogen worden. Es ist dies die Nachfolgerin der früheren Westpreußischen Feuerversicherung für das an Polen gefallene ehemals westpreußische Gebiet.

\* Grabow, 2. Oktober. Der Zehnbetrag im Grauendenzer Stadthaushalt beschäftigte den Magistrat in seiner Donnerstagssitzung. Es wurden eine ganze Reihe Beschlüsse gefaßt, die einen empfindlichen Griff in die Taschen der Steuerzahler ausüben haben werden, worausgesezt, daß sie die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung finden. Daran ist aber wohl kaum zu zweifeln, denn das klaffende Loch im städtischen Steuerfonds muß gestopft werden — und das geht ja leider nicht ohne durchgreifende Maßnahmen.

Kurie der Posener Börse.		
Offizielle Kurie:	3. Oktober	1. Oktober
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
3% : Buchst. A u. B	—	—
3½% : ohne Buchst.	—	—
3½% : Buchst. C	—	—
4% : Buchst. D u. E	—	—
4% (neue) mit voin. Stempel	—	110 + N
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—
5½% Ob. Tegelstädt	—	—
6% Schuldcheine der Bank Kredyti. Hypo. Warszaw.	—	—
Bank Bielsk I—VII em. (ungef.)	230 +	230 +
Bank Bielsk VIII em. (ungef.)	230 +	230 +
Bank Bielsk IX em. (ungef.)	230 +	230 +
Bank Handlowy, Pognat I—VII	340 + N	335 + A
VIII	340 + N	335 + A
Bank Dyśk, Andg. Gdansk I—IV	—	—
Kmielek, Potocki i Gla.	520 + N	515 +
R. Bartkowiak I—III	—	—</td

